



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de

Wiesbaden, 21.02.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 26. Februar 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 22.01.2008 und 29.01.2008

2. **08-F-01-0018**

Baumfällungen am Neroberg / Darstellung der Faktenlage
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008

Noch immer scheint es in der Wiesbadener Öffentlichkeit Fragen bzgl. der Baumfällungen auf dem Neroberg zu geben - wie diese erfolgten und auf welcher Grundlage. Diese Fragen gilt es zu beantworten, damit das Verwaltungshandeln der Landeshauptstadt Wiesbaden transparent wird.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten eine Aufstellung über die tatsächlichen Vorfälle, Beweggründe, Ursachen und Ergebnisse der gesamten Baumfäll-Aktion auf dem Neroberg zu geben. Dabei soll Antwort auf folgende Fragen gegeben werden:

- wer wann und warum die Baumfällungen angeordnet hat,
- ob und wann ein Einverständnis der unteren Denkmalschutzbehörde mündlich gegeben wurde und ob dieses Einverständnis mittlerweile schriftlich vorliegt,
- ob ein Einverständnis der Landesdenkmalschutzbehörde eingeholt wurde und wenn ja, wann,
- ob bei den Baumfällungen Gefahr im Verzug herrschte,
- welche Arten des gesetzlichen Schutzes (Landschaftsschutz, Denkmalschutz) rund um den Neroberg vorliegen,
- inwieweit diese Gebiete zur Waldwirtschaft verwendet werden,
- welche Privatgrundstücke von der LHW „befördert“ werden und auf welcher Grundlage dies erfolgt (schriftlicher, mündlicher oder Handschlags-Vertrag)?

3. 08-F-01-0021

Belastung durch Staub in der Mainzer Straße
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, was die Gründe für die außerordentlich starke Staubeentwicklung in der Mainzer Straße (Höhe Schlachthof / Baustelle Justiz- und Verwaltungszentrum) sind, ob von dieser Staubeentwicklung gesundheitliche Gefahren ausgehen und wie lange dieser Zustand noch anhalten wird.

4. 08-F-01-0020

Klimaschutzbroschüre
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten die angekündigte Broschüre zum Klimaschutz vorzulegen bzw. zu erklären wann die Broschüre veröffentlicht wird und warum dies bisher noch nicht erfolgt ist.

Begründung:

In der Sitzung des Umweltausschusses am 04.09.2007 wurde der Antrag 07-F-01-0086 durch Aussprache erledigt, auch weil der Magistrat die Veröffentlichung einer Klimaschutzbrochüre „bis Ende 2007“ zugesagt hatte. Allerdings ist bisher keine Brochüre erschienen.

5. 08-F-01-0019

Abfallberatung der ELW
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) die Abfallberatung in Wiesbaden organisieren,
2. wie die ELW die Gelder, die sie aus dem Dualen System Deutschland für Abfallberatung erhalten, einsetzen will und wie sie auf die Wiesbadener Bevölkerung einwirken, Abfall zu vermeiden und die Sortierungsquote zu erhöhen,
3. ob die ELW darüber hinaus weitere Mittel für Abfallberatung einsetzt und wie diese verwendet werden?

6. 08-F-01-0022

Personalsituation im Grünflächenamt
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit am 27. Mai 2008 eine Aufstellung vorzulegen, aus der die Personalsituation im Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten (Amt 67) hervorgeht.

Damit die Aufstellung verständlich und für die weitere Diskussion nutzbar ist, sind folgende Aspekte in einem tabellarischen Zehn-Jahres-Vergleich zu berücksichtigen:

- Anzahl der Stellen in den Stellenplänen
- Anzahl der Stellen in den Haushaltsplänen
- Anzahl der besetzten Stellen (aufgeschlüsselt nach Tätigkeiten und Abteilungen)
- Anzahl der Personen, die im Amt tätig sind

- Zu betreuende Projekte / zu pflegende Fläche
- Ausgliederte Projekte, Arbeiten, die von externen Dienstleistern erledigt wurden

7. 08-F-25-0019

Verpachtung von Gewannewegen auf Landwirtschaftsflächen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 20.02.2008
Vorbemerkung

Es besteht für Landwirte die Möglichkeit, bei der Stadt die Verpachtung von Gewannewegen zu beantragen - diese Anträge wurden bis dato immer wieder genehmigt. Die Verpachtung ist für die Landwirte von sehr großer Bedeutung.

Oftmals besitzen Landwirte nebeneinander liegende Ackerflächen, die durch Feld- oder Graswege getrennt werden. Diese Teilung führt dazu, dass die Landwirte die Felder nicht in einem „Arbeitsgang“ bewirtschaften können, sondern jede Fläche getrennt bearbeiten müssen - dies verursacht einen sehr viel höheren Zeitaufwand für die Landwirte.

Durch die Bildung zusammenhängender Parzellen wird eine wirtschaftliche Bearbeitung auf den Ackerflächen gewährleistet und gefördert. Zudem können die Wege durch einen Flächentausch an anderen Stellen des Feldes (z.B. Feldrändern) neu angelegt und bepflanzt werden.

In diesem Zusammenhang möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Schritte das Genehmigungsverfahren zur Verpachtung von Gewannewegen (Graswege) auf Landwirtschaftsflächen zu durchlaufen hat,
2. wie viele derartige Anträge in den Jahren 2005 - 2007 gestellt wurden und wie diese entschieden wurden bzw. wie bis dato mit solchen Verpachtungsanfragen umgegangen wird.

8. 08-F-25-0018

Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
20.02.2008

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Verwaltungsjagd zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen,
2. alle Reviere im städtischen Wald entsprechend der für alle Pächter geltenden Kriterien über die Verdingungsstelle zu verpachten,
3. die Ausschreibungstexte dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.
4. Von der Verpachtung ausgenommen werden soll ein Teilrevier von etwa 300 ha Größe, das als Lehrrevier für Jungjäger, den Ausbildungsbetrieb der Wiesbadener Jagdvereine, für Einzelabschüsse und Begehungen mit Erlaubnisscheinen in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Förster weiterhin unter städtischer Aufsicht bleiben soll.

9. 08-F-25-0020

Zustandsbericht der Wiesbadener Quellen und Brunnen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
20.02.2008

Vorbemerkung

Wiesbaden ist die Stadt der Quellen und Brunnen. Die Neugestaltung der Schützenhofquelle, die Attraktivierung des Kochbrunnens durch die neue Platzgestaltung oder das sehenswerte Brunnenhaus des Bäckerbrunnens zeigen die Bedeutung dieses Elements für die Lebensqualität in Wiesbaden. Auch für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe wird Wasser als Gestaltungselement eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss eine Übersicht der in Wiesbaden vorhandenen Quellen und Brunnen zur Verfügung zu stellen,
2. in dieser Übersicht den jeweiligen Zustand der Quelle bzw. des Brunnens anzugeben sowie
3. zu erläutern, ob für die sich in einem weniger guten Zustand befindlichen Quellen und Brunnen Planungen der Sanierung bzw. Attraktivierung existieren und wie diese Planungen aussehen.

10. 08-F-07-0005

Schutzhütten und Laufbrunnen im Wiesbadener Stadtwald
Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 19.02.2008

Der Umweltausschuß möge beschließen:

Vorbemerkung:

Der Wiesbadener Stadtwald ist in hohem Maße durch seine Funktion als Erholungswald geprägt. Schon vor 150 Jahren wurde von Wiesbadener Bürgern auf dem Neroberg die erste Schutzhütte errichtet. Noch heute finden sich zahlreiche Hütten, die älteste stammt aus dem Jahr 1909, verstreut in den Wäldern. Einige werden mit privaten und öffentlichen Mitteln instand gehalten, andere, obwohl stadt- und kunsthistorisch bedeutsam, einfach abgerissen (Bogler-Hütte an der Fischzucht). In der Presse war vor geraumer Zeit von „einigen ausrangierten Schutzhütten, die vielleicht als Versammlungsraum geeignet sein könnten“, zu lesen (WT 05.10.07).

Zu den für Wanderer nützlichen Einrichtungen im Stadtwald zählen auch die zahlreichen Laufbrunnen und gefaßten Quellen, die ebenfalls mit hohem Kostenaufwand von Bürgern unserer Stadt errichtet worden sind. Leider ist festzustellen, daß dieses Erbe nicht nur nicht mehr gepflegt wird und sich in einem katastrophalen Zustand befindet, sondern sogar zurückgebaut werden soll.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen im Zusammenhang mit den Schutzhütten in Planung sind,
2. wie hoch der jährliche finanzielle Aufwand für den Unterhalt der Schutzhütten ist,
3. welche Maßnahmen im Zusammenhang mit den Laufbrunnen und Quellen in Planung (bes. für die Habels-Quelle und den Karl-Kleins-Born) sind,

4. wie hoch der jährliche finanzielle Aufwand für den Unterhalt der Laufbrunnen ist,
5. ob eine regelmäßige protokollierte Zustandskontrolle von Schutzhütten und Laufbrunnen stattfindet,
6. zu prüfen, ob der Unterhalt einzelner ausgewählter stadt- und kunsthistorisch bedeutsamer Schutzhütten und Quellen nicht über die Wiesbaden-Stiftung möglich wäre.

11. 08-F-03-0001

Hinweisschilder an Spielplätzen

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2008

Der Fahrradhelm für Kinder ist im Straßenverkehr eine unverzichtbare Sicherheitsmaßnahme doch auf dem Spielplatz kann er zur tödlichen Gefahr werden. Kinder können beim Spielen an Geräten hängen bleiben und sich mit dem Kinnriemen strangulieren.

In Mainz wurden daher schon 2007 auf Spielplätzen mit entsprechenden Geräten Hinweisschilder angebracht. Die Schilder fordern dazu auf, den Fahrradhelm abzunehmen.

Deshalb möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu prüfen, ob auf Spielplätzen in Wiesbaden, auf denen Geräte mit einem solchen Gefahrenpotential stehen, die oben beschriebenen Schilder bzw. Piktogramme ebenfalls angebracht werden können
- vorab dem Umweltausschuss die dadurch entstehenden Kosten darzulegen.

12. 08-F-05-0001

Kinder vor Rauchenden schützen

Antrag der FDP- Stadtverordnetenfraktion vom 20.02.2008

Zigaretten enthalten krebserregende Substanzen, wie z.B. Nikotin, Nitrosamine, giftige Schwermetalle, Benzpyrene, Anilin und Formaldehyd. Bereits eine verschluckte Zigarettenkippe kann für ein einjähriges Kind tödlich sein - so der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte.

Das Rauchen auf Wiesbadener Spielplätzen ist derzeit nicht verboten. Auf fast allen Spielplätzen wird geraucht, Zigarettenkippen werden achtlos auf den Boden geworfen. Insbesondere in Sandkästen sind zahlreiche Zigarettenstummel zu finden, die von Kleinkindern in den Mund genommen werden und somit zu schwerwiegenden Vergiftungen führen können.

Ein Rauchverbot auf Spielplätzen könnte ein erster Beitrag sein, diese Gefahren zu reduzieren, und dient somit dem Schutz der Kleinkinder, die einen Anspruch darauf haben sollten, in Sandkästen und auf den anderen Spielflächen keine Zigarettenkippen vorzufinden. In Berlin-Charlottenburg, Hamburg-Wandsbek und Hannover wird dies bereits erfolgreich praktiziert.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten:

1. ob, neben dem bestehenden Alkoholverbot ebenfalls ein Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen eingeführt werden kann;
2. dementsprechend Hinweisschilder an allen Wiesbadener Spielplätzen angebracht werden können,
3. in welcher Weise das Alkohol- und das evtl. Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen kontrolliert und Verstöße verfolgt werden können.

13. 07-F-03-0010

Fahrservice auf Friedhöfen
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0220 vom 27.11.2007

ANLAGE

14. 07-F-01-0128

Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0217 vom 27.11.2007

ANLAGE

15. 07-F-01-0127

Lärmschutz in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0216 vom 27.11.2007

ANLAGE

16. Aktuelles aus dem Magistrat

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **08-V-66-0205** **DL 09/08-3**
Neubau Anbindung Goerdelerstraße - Hydraulische Berechnungen

2. **08-V-36-0004** **DL 10/08-4**
Orientierende umwelttechn. Untersuchung im Bebauungsplangebiet "Grünzug Industriepark",
WI-Biebrich

3. **08-V-66-0300** **DL 10/08-11**
Nasengasse - Grundinstandsetzung nach Leitungsverlegung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhardt
Vorsitzende